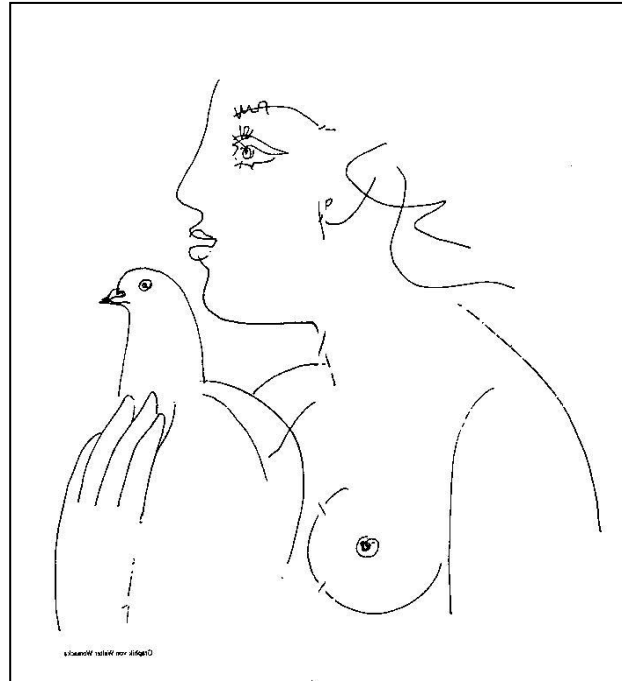


Nr. 190



**Russland vor den DUMA-Wahlen 2016 und das
Wirken der Kommunistischen Partei
der Russischen Föderation**

von

Bruno Mahlow

Mitglied des Ältestenrates der Partei Die Linke

Redaktionsschluss: 1. März 2016

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

„Die Welt aus den Fugen“ so lautet der Titel eines der letzten Bücher von Peter Scholl-Latour, der gegenwärtig gerne als Kennzeichnung der Weltlage verwendet wird.

Die Ereignisse überschlagen sich, schaffen ein Anziehungsfeld für immer neuere Interpretationen, sorgen für Verwirrung und Zweifel. Bei dem heutigen Stand der Informationstechnik und der Meinungsmanipulation erreichen sie die meisten Bürger. Es bewahrheitet sich der Spruch: „Wer sich nicht für Politik interessiert, für den interessiert sich die Politik“.

Sich zurechtzufinden verlangt nach Kenntnissen, nach einem Weltbild und damit nach einer Weltanschauung.

Deshalb seien zunächst einige Aussagen und Zitate zum Verständnis für die nachfolgend behandelten Fragen zur Weltlage, Geschichte, Wirtschaft und Politik, zur Rolle der Persönlichkeit u. a. gestattet.

Geschichte und Weltbild:

Friedrich Engels betonte, dass auch die politischen Bedingungen, „ja selbst die in den Köpfen der Menschen spukende Tradition“ eine Rolle in der Geschichte spielen. Mehr noch, er unterstrich die Notwendigkeit, „sich über alle theoretischen Fragen mehr und mehr aufzuklären, sich mehr und mehr vom Einfluss überkommener, der alten Weltanschauung angehöriger Phrasen zu befreien und stets im Auge zu behalten, dass der Sozialismus, seitdem er eine Wissenschaft geworden, auch wie eine Wissenschaft betrieben, d. h. studiert werden will“.

Dies gilt erst recht in der veränderten Welt von heute, in der es um das Überleben der menschlichen Zivilisation geht. Ohne grundsätzliche Prinzipien unserer Weltanschauung aufzugeben, geht es darum, sich an die veränderte Welt anzupassen, die Dialektik als Seele des Marxismus schöpfe-

risch auf die veränderten Herausforderungen in der heutigen Situation anzuwenden.

Rolle der Wirtschaft generell und für den Sozialismus:

Albert Einstein äußerte dazu 1949 in seinem Artikel "Warum Sozialismus?"⁽¹⁾, dass die einzige Art und Weise, sich von den schrecklichen Übeln des Kapitalismus zu befreien, die Schaffung einer sozialistischen Wirtschaft ist (die Betonung liegt auf **einzige!** B. M.). Auf die entscheidende Rolle der Wirtschaft, der Produktivkräfte, der Arbeitsproduktivität verwies Lenin bereits kurz nach der Oktoberrevolution. Im Bereich der Wirtschaftspolitik liegen auch die wesentlichen Ursachen für die Zerstörung der UdSSR.

Rolle der Persönlichkeit:

dazu meinte Plechanow als er noch Marxist war, dass „ungenügend berücksichtigt wird, dass die Politik, das Wirken von Politikern nicht unabhängig von den historischen Bedingungen, dem Grad der Objektivität ihrer Entscheidungen und ihren subjektiven Entscheidungen beurteilt werden können“. Das sollte für alle historischen Persönlichkeiten, also auch für Stalin oder Putin gelten.

Politik:

Politik ist sowohl Wissenschaft als auch Kunst, aber nicht die Kunst des Wunschdenkens, sondern die Kunst des Möglichen. Davon sollten sich alle politischen Kräfte, vor allem aber die Linken leiten lassen (B.M.).

¹ **Albert Einstein: Warum Sozialismus (1949)** Quelle: Sozialismus oder Barbarei
Das Essay „Why Socialism“ gehört sicherlich zu den unbekanntesten Arbeiten Albert Einsteins. Die Tatsache, dass sich Einstein einen Großteil seines Lebens als Sozialist verstand und gegen Faschismus und Krieg engagierte wird von den bürgerlichen Medien gerne verschwiegen. „Why Socialism“ wurde erstmals 1949 in der ersten Ausgabe der Zeitschrift „Monthly Review“ veröffentlicht.

Denn das ist auch wichtig für die richtige Antwort auf die Frage was kann das heutige Russland unter Putin heute und was nicht.

Putin:

“Wem der Zerfall der Sowjetunion nicht schmerzt, der hat kein Herz, wer sie wieder haben will, wie sie war, hat keine Vernunft.“ „Der Zerfall der Sowjetunion ist die größte geopolitische Katastrophe des XX. Jahrhunderts“.

In seinem Interview für die „Bild“ Zeitung (2) nannte Putin auch die eigenen Fehler der politischen russischen Elite (Illusionen, zu spätes Erkennen der wahren Absichten des Westens.)

Noch wichtiger ist es aber zu erkennen, dass es sich mit dem Zerfall der SU und anderer sozialistischer Staaten um einen zivilisatorischen Rückschlag für die menschliche Zivilisation handelt.

Und damit zunächst einige Bemerkungen zur Welt von heute. Für Außenminister Steinmeier ist, nach seiner Rede vor den Größen der deutschen Wirtschaft zum Thema „Globalisierung in der Rezession“ vom 14. November 2014 (*Süddeutsche Zeitung*) zu urteilen, die Welt von heute weder uni noch multipolar, sondern non-polar, sie sei eine Welt auf der Suche.

Ganz anders sieht es - und er ist nicht der einzige - der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des ZK der KPRF, Iwan Melnikow, in seiner Rede zur Vorbereitung der Dumawahlen 2016 vor dem ZK-Plenum im Oktober 2015. („*Sowjetskaja Rossija*“ vom 20. Oktober 2015)

Er betonte, dass das Klassenwesen aller globalen und inneren Prozesse in den letzten Jahren immer stärker, deutlicher

und dynamischer hervortritt. Wir seien Zeitzeugen geopolitischer Katastrophen historischen Ausmaßes. Der Imperialismus provoziert in Teilen der Welt blutige Konflikte mittels militärischer Gewalt, farbiger „Revolutionen“, Terroristen, profaschistischer Kräfte (*vgl. Brzesinskij - über Revolutionen von oben zur Verhinderung von Revolutionen von unten.*) Ganze Staaten und Völker werden zerbombt, wie Libyen, Irak, Syrien. Ein Islamischer Staat „IS“ - ohne Grenzen und Regierung - wurde aus der Taufe gehoben. Nationalismus und ethnische Konflikte breiten sich aus. In das Zentrum Europas bewegt sich ein durch Kriege und soziales Elend in Gang gesetzter Strom von Flüchtlingen, darunter junge sozial - aktive Menschen, die ein Protestpotential, einen „Migration - Maidan“ darstellen, die nicht nur die traditionelle Lebensweise sondern auch die Wirtschaft der Europäischen Union erschüttern.

Die EU Staaten, vor allem Deutschland, werden von den USA gegen Russland getrieben. Nicht nur Raketenabwehrsysteme im Osten Europas, sondern auch die Stationierung moderner Kernwaffensysteme - auch in Deutschland - sind angesagt. Nicht nur der EURO, die EU selbst sind mit ihren Widersprüchen in der Krise. TTIP unter US- Hegemonie soll als besonderer ökonomischer Gürtel - „ökonomische NATO“ - für eigene Regeln in Wirtschaft und Handel sorgen. Im Fernen Osten sichert sich Japan per Parlamentsbeschluss das Recht auf militärisches Eingreifen.

Klassenmäßig gesehen handelt es sich insgesamt um einen blutigen Niedergang der „Goldenen Milliarde“ im Feldzug gegen alle progressiven und alternativen Kräfte. Dies macht einmal mehr den sozialen Inhalt des heutigen Kampfes um den Frieden deutlich.

Worin besteht die Besonderheit der heutigen Situation Russlands?

Das Land, die russische Gesellschaft befindet sich in einer Phase der Selbstbesinnung. Es bestätigt sich Lenins Lehre, dass die Völker vor allem anhand ihrer eigenen praktischen Erfahrungen lernen. Dieser Lernprozess vollzieht sich zunächst vor allem im Erkennen der nationalen Interessen Russlands in der Welt, auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen. Seit 2001, als Putin sich in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag und später auf der Münchener Sicherheitskonferenz gegen Konfrontation, für Dialog in einer multipolaren Welt aussprach, ging es wie auch in zahllosen Reden und Artikel von Außenminister Lawrow immer um den Umgang mit Russland auf Augenhöhe, gleichberechtigt.

Nach August 2008, dem von den USA unterstützten Angriff Georgiens gegen Südossetien und Abchasien, ließ man die USA und die NATO nicht mehr gewähren. ~~Man~~ Russland zeigte sich zunehmend entschlossener, nationale Interessen gegebenenfalls auch mit militärischen Mitteln zu verteidigen. Das Vorgehen auf der Krim, gegenüber der Ukraine und in Syrien setzte der USA-Hegemonie Schranken, veränderte die geostrategische Situation. Dazu trug auch die Bildung sogenannter stabilisierender Allianzen wie der BRICS und der Shanghaier Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit bei.

Die Außenpolitik Russlands sah zunächst eine vorrangige Entwicklung der Beziehungen mit der EU vor. Sie wurde im Laufe der Jahre diversifiziert und richtete sich allmählich auf eine Wiederherstellung des Einflusses Russlands auf allen Kontinenten ein. In der neuen nationalen Sicherheitsstrategie und -konzeption, die der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin am 31. Dezember 2015, in Kraft

gesetzt hat, wurde deutlich auf die von den USA und der NATO ausgehenden Gefahren für Russland und die sich daraus ergebenden Konsequenzen hingewiesen. Gleichzeitig wurde die Bereitschaft zu Dialog und Kooperation mit dem Westen bekräftigt. Einen bedeutenden Platz in der Praxis nimmt die Entwicklung der Partnerschaft mit China auf allen Gebieten ein. Die Wiedereingliederung der Krim und Sewastopols in die Russische Föderation sowie das Vorgehen Russlands in Syrien und im Nahen und im Mittleren Osten fanden in der russischen Gesellschaft verbreitete Zustimmung. Dem sahen sich auch Teile der russischen politischen Elite gezwungen mit zu tragen. Die Umfragen ergeben bis heute eine Zustimmung zu Putin von ca. 80 %. Zielstrebig wird die Zusammenarbeit mit den neuen Staaten im postsowjetischen Raum entwickelt. Dazu gehört auch die Entwicklung der ökonomischen Integration im Rahmen eines euroasiatischen Raumes. Putin unterstrich ausdrücklich, dass Russland nicht danach strebe eine Supermacht zu werden. Sie brauche das nicht. Zugleich machen das Vorgehen Russlands und die Haltung in der russischen Gesellschaft deutlich, dass Russland eine Zukunft nur als Großmacht habe, sonst keine. Dies ist aber nur vorstellbar, wenn Russland stark ist, d. h. auch innenpolitisch, insbesondere wirtschaftlich. Auf ein schwaches Russland würde niemand hören oder Rücksicht nehmen.

Nach dem Zerfall der UdSSR vollzog sich die Entwicklung der Russischen Föderation in drei Phasen.

Sie war in den neunziger Jahren von Antikommunismus und Antisowjetismus und einem damit verbundenen Chaos gekennzeichnet. Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts kam es zu einer relativen Stabilisierung.

Mit der zweiten Legislaturperiode unter Putin verstärkte sich die Suche nach einem eigenen kapitalistischen Weg.

Der Prozess der außenpolitischen Selbstbesinnung ging und geht jedoch nicht einher mit einer Umsetzung einer entsprechenden innenpolitischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Konzeption. Bis heute wirkt sich die einseitige Abhängigkeit vom Erdöl - und Erdgas - Export und die nicht konsequente Förderung der eigenen realen Wirtschaft aus.

Gegenwärtig gibt es Ansätze bei der Durchsetzung eines gesellschaftlichen Bewusstseins und eigenen Werten. Dennoch sind es nach wie vor nicht in erster Linie die arbeitenden Russen, die Kleinproduzenten und der Mittelstand, die von dieser Entwicklung profitieren. Es sind nach wie vor die, die derzeitigen Machtverhältnisse in Russland prägenden Oligarchen und Staatsbeamten. Alle anderen sind gezwungen, um das Überleben zu kämpfen und Auswege aus den falschen Hoffnungen zu suchen. Daher werden die Rufe stärker: wir müssen uns auf uns selbst besinnen, nur das wird Russland erhalten.

Umfragen des Lewada - Meinungsforschungsinstituts - eine eher Putin-kritische Einrichtung - von Ende Dezember 2015 (*Zeitschrift „Ogonjok“ Nr.50, Dezember 2015*) ergaben, dass nur 15 % der Befragten meinen, nicht von der Krise betroffen zu sein; 80 % sehen sich von den Folgen der Krise belastet; 58 % sind gezwungen bei Lebensmittel- und Alltagsausgaben zu sparen.

Den russischen Oligarchen wird vorgeworfen, aus Russland eine Rohstoff-Kolonie zu machen. Bereits der prominente Politiker, ehemalige Premier, Außenminister, sowie Präsident der Außenhandelskammer Primakow machte zu seiner Zeit mehrmals deutlich, dass die Ursachen der wirtschaftlichen Probleme Russlands vor allem in der fehlerhaften Wirtschaftspolitik und in der Inkonsequenz beim Umsetzen von Dekreten Putins zur Entwicklung der eigenen

Wirtschaft liegen. Nach wie vor zeichnen sich immer wieder Spannungen in einzelnen Regionen Russlands, insbesondere im Kaukasus, ab.

Nicht überwunden ist das Erbe Jelzins, dem auch Putin bemüht ist, nicht offensiv entgegenzutreten. (*Beilage zur „Sowjetskaja Rossija“ vom 3. Dezember 2015*) Obgleich es Zustimmung für Putin gibt, muss man von einer Krise des Vertrauens in der Gesellschaft sprechen. Die Mehrheit der Bevölkerung sieht die Hauptwidersprüche zwischen Arm und Reich, zwischen den Regierenden und der Bevölkerung, zwischen Bürger und Beamtentum. Unverkennbar ist die Ablehnung westlicher Werte und ihrer Demokratievorstellungen. Die Betonung liegt auf: Russland braucht eine starke Hand.

Gleichzeitig zeichnen sich Probleme in der demografischen Situation Russlands ab. 2015 sind bereits 13 % der Bevölkerung über 65 Jahre alt. Daraus könnten in den nächsten 15 Jahren schon 20 % werden. Es zeichnet sich ein Defizit der 20 bis 30-jährigen ab und eine damit verbundene Senkung der Qualität der Arbeit und des Bildungsniveaus. Einigen Studien zufolge wird befürchtet, dass mit der Überalterung der Bevölkerung eine Zunahme des Konservatismus und eine stärkere Hinwendung zum Erbe Stalins verbunden sind.

Zu einigen besonders akuten Problemen

Eine relative Stabilisierung gibt es nur bei einigen Schwerpunktbereichen, insbesondere im Militärisch-Industriellen Komplex und einigen geförderten Industrieobjekten bzw. in der jüngsten Zeit in der Landwirtschaft. Besonders negativ wirkt sich die Degradierung des Rubels als nationale Währung aus. Der Rubel ist um das zweifache entwertet. Die Inflationsrate beträgt nach offiziellen unvollständigen Angaben 12 - 13 %. Für Essen und Kommunalgebühren kommen

auf ein Familienbudget 70 – 100 % der Ausgaben. Viele Regionen sind verschuldet. Das Realeinkommen ist um fast 4 % gesunken. Das BIP ist um 3,7 % gesunken. („*Sowjetskaja Rossija*“ 20. Oktober 2015) Diese Entwicklung wird zunehmend kritisch auch in der politischen Elite gesehen. Unverkennbar ist die um ein weiteres gesteigerte Aktivität Putins, konsequente Veränderungen durchzusetzen.

Zum Wirken der KPRF

Zunächst muss in Erinnerung gerufen werden, dass es in der ~~SU~~ UdSSR in allen Sowjetrepubliken Kommunistische Parteien gab, nur nicht in der RSFSR. Offensichtlich ging man davon aus, dass angesichts der Russen als Kernnation sie entsprechend in der KPdSU vertreten sind. In jeder KP einer Sowjetrepublik war der zweite Sekretär ein Russe, manchmal war es auch der Erste Sekretär, z.B. Breshnew in Kasachstan. Hier zeigen sich u. a. auch die Probleme in der Nationalitätenpolitik, die darin gipfelte, dass zu früh eine neue historische Gemeinschaft – das Sowjetvolk – ausgerufen wurde.

Die KP der Russischen Föderation entstand erst 1990/1991 aus einer Initiative von Grundorganisationen der KPdSU. Sie wurde von Jelzin 1991/92 verboten und erst nach Aufhebung des Jelzin-Dekrets vom Verfassungsgericht im Februar 1993 auf dem 2. Parteitag als KPRF wiederhergestellt. Die Hauptlosung lautete: Russland – Arbeit – Volksmacht – Sozialismus (im Sinne eines erneuerten Sozialismus.)

Die Beurteilung des Wirkens der KPRF ist nicht zu trennen von den historischen Bedingungen ihres Entstehens. Die KPdSU war über 70 Jahre an der Macht als Regierungspartei und hatte keine Oppositionserfahrungen. Es gab z.B. auch kaum Erfahrungen in der Basisarbeit, vor allem in Wohngebieten. Die Partei hatte Vertrauen und Glaubwürdigkeit im Volk verloren.

In dieser Situation entwickelten sich Anfang der 90iger Jahre eine Reihe von Splitterparteien und Gruppen verschiedenster Orientierung. Dennoch wäre die neugegründete KPRF trotz der oben genannten Probleme bei den Wahlen 1996 fast siegreich gewesen, was aber auch die Gefahr eines Bürgerkrieges in sich barg. Danach kam es zu einem Absturz in der Wähler- und Mitgliederzahl. Die KPRF hatte nur noch 56 Abgeordnete. Erst 2012 gelang es ihr mit 92 Abgeordneten die größte Oppositionspartei in der Duma zu werden. Die KPRF hat gegenwärtig ca. 157.000 Mitglieder in 81 Regionen, 2.278 örtliche und 13.726 Grundorganisationen.

Ein gewisses Spiegelbild der gegenwärtigen Situation der KPRF in der Gesellschaft waren die Regionalwahlen in 11 Gebieten und die Gouverneurswahlen in 21 von 81 Regionen vom 13. September 2015. Die Wahlbeteiligung lag bei 30 % und somit eher im Interesse der Partei Einheitliches Russland. In 15 von 21 Regionen lag die KPRF an zweiter Stelle. Neben der Liberaldemokratischen Partei Russlands, unter seinem skandalösen nationalistischen Vorsitzenden, Shirinowski und der Partei Gerechtes Russland ist die KPRF überall an zweiter Stelle in den Regionalparlamenten vertreten, aber mit großem Abstand und prozentualen Verlusten gegenüber der siegreichen Partei Einheitliches Russland. Die oppositionelle Partei Parnass unter Nawalny konnte kein Mandat erringen und kam höchsten auf ca. 2 %. Zu einem nahezu spektakulären Sieg kam die KPRF in Irkutsk, wo Sergej Lewtschenko nach zwei Runden mit 56,9 % als Gouverneur gewählt wurde. Es wird zurzeit als das Beispiel ausgewertet, mit dem auch in anderen Regionen das Wirken der Partei vor Ort auf ein höheres Niveau gehoben werden soll. Gleichbleibend dauern auch eine Reihe von Wahlfälschungen und Verletzungen des Wahlvorgangs

durch Wahlen außerhalb der Regionen bzw. in Wohnungen an.

In 7 Regionen lagen die KPRF - Kandidaten unter 10 % wurde in einer Auswertung des ZK der KPRF festgestellt. Ursachen lagen im Fehlen einer exakten Analyse der konkreten Lage, in einer ungenügenden Nutzung des Potentials der Unzufriedenen, im Wirken des durch Putins Handeln und die Stärkung des Einflusses Russlands in den internationalen Beziehungen geförderten Konsensus in der Gesellschaft. Dieser Konsensus führte unter anderem dazu, dass von vielen neben der Partei Einheitliches Russland als Pro-Putin Partei von rechts, die KPRF als Putin - Partei von links gesehen wurde. Verwiesen wurde auch auf Fehler in der Kaderauswahl, vor allem in der ungenügenden Berücksichtigung des Ansehens der Kandidaten nicht nur in sondern auch außerhalb der Partei. Die meisten Gewinne hat die KPRF in Städten und in den eher gebildeten Schichten.

Die Taktik der KPRF besteht zurzeit darin, den außenpolitischen Kurs Putins, den patriotischen Geist, die Aktivitäten in Syrien, das Eintreten für eine multipolare Weltordnung und für den Erhalt der UNO zu unterstützen.

Sie verweist aber auch darauf, dass die UdSSR bei allen ihren Fehlern ein anders Modell für die Menschen und für die Völkerfreundschaft verkörperte. Vom kapitalistischen Russland gehe jedoch keine ähnliche Alternative aus. Die Krise ruft nach ihrer Meinung nicht nur Proteste hervor, sondern nährt auch Angst und Furcht, alles zu verlieren. Daher rührt die schweigende Loyalität gegenüber den Machtstrukturen. Erst in einer nächsten Phase könne man auf Grund der Zukunftsaussichtslosigkeit mit einem Aufbegehren rechnen.

Mit ihrem ZK-Plenum im Oktober 2015 läutete die KPRF eine rechtzeitige Wahlkampagne ein. Die Schwerpunkte

sind von dem Plenum wie folgt festgelegt worden:

1. Konzentrierte Orientierung auf inhaltliche Fragen, auf das Anti-Krisen-Programm und zu aktualisierende Programme der KP in allen Zweigen im Rahmen einer Volksdiskussion, auf die Ausarbeitung eines speziellen Programms zur Außenpolitik aus Sicht der KP, auf Probleme der humanitären Hilfe für die Ost-Ukraine, eventuelle Programme zur Nationalisierung und gegen Positionen und die Haltung von Tschubais, Gaidar, Kudrin als Hauptvertreter der prowestlichen Schocktherapie und Privatisierung
2. Mobilisierung der Partei um solche Themen wie Aktionen gegen Privatisierungen, für Nationalisierungen, zur Gesundheitsreform, zum Rentensystem, für eine Indexierung entsprechend der Inflationsrate und die Entfaltung einer breiten Kampagne für „Kinder des Krieges“.
3. Kommunalwirtschaft, Mieten und Kosten für die Sanierung
4. Gegen die Korruption, für Parlamentsuntersuchungsausschüsse für besonders krasse Fälle
5. Gegen Finanzverrat, für ökonomische Souveränität, für einen starken Rubel, gegen den Einsatz russischen Kapitals in der US-Wirtschaft, weitere Orientierung auf die Förderung von „Volksbetrieben“.

Es geht darum, Vorlauf zu schaffen, bis hin zur Urlaubsplanung, sich rechtzeitig auf die Mobilisierung der Wähler für die Erringung von Direktmandaten, Einsatz von Parteiorganisatoren und vor allem die Entwicklung lebendiger Kontakte mit der Bevölkerung, in den Häusern und Wohngebieten. Die Vorstellung junger Kandidaten gelte es besonders zu fördern. Die KPRF geht davon aus, dass bei den Duma-Wahlen 2016 gegen sie in mehreren Kolonnen vorgegangen wird. Neben der Partei Einheitliches Russland sind es die

Parteien Gerechtes Russland, Patrioten Russlands, Rodina, Allrussische Volksfront und außerdem solche „Nieten“ wie Kommunisten Russlands und KPdSU (orig.: I. Melnikow).

Zum Abschluss noch eine kurze Information über das Treffen Putin – Sjuganow (Vorsitzender des ZK der KPRF) am 29. Dezember 2015. Solche Treffen finden mit den Fraktionschefs der Duma-Fraktionen mehr oder weniger regelmäßig statt. Sjuganow verwies auf die Konsolidierung der russischen Gesellschaft im Rahmen der Unterstützung der außenpolitischen Schritte. Er nannte den Beitrag der KPRF zur Wiederherstellung des Kinderferienlagers Artek, wo in 1,5 Jahren 40 Objekte für 18.000 Kinder geschaffen wurden. Diese Zahl soll bis 30.000 erhöht werden. Er verwies auf die Erfolge von Volksbetrieben in einem entsprechenden Wettbewerb und bei der Entwicklung von Aktivitäten auch im europäischen Raum. Gegenwärtig liegt der Industrie- und Handelskammer seitens der KPRF eine Liste von 200 Betrieben mit entsprechender Effektivität für ihre Förderung als Volksbetriebe vor. Besonderes Augenmerk legte Sjuganow auf die Kampagne „Kinder des Krieges“. Dabei handelt es sich um 12 Mio. Bürger, die jetzt zwischen 75 und 80 Jahre alt sind, vor allem um ehemals kinderreiche Familien und Waisen, denen eine besondere Förderung zu Teil werden sollte. Von besonderer Bedeutung ist der Hinweis auf die Hundertsten Jahrestage der Februarrevolution und der Oktoberrevolution im nächsten Jahr. Damit verbunden, so Sjuganow, sind Gefahren für ein erneutes Aufflammen von Antisowjetismus und Russophobie. Sjuganow unterbreitete die Idee für eine Vereinbarung wie er meinte zwischen „Roten“ und „Weißen“ zwecks Konsolidierung der Gesellschaft. Putin meinte zu alledem, es seien gute Ideen, lassen Sie uns diskutieren. Wie die Diskussion zu diesen Fragen auf dem Treffen verlief ist nicht bekannt.

Umso aussagefähiger sind viele Aktivitäten, Auftritte Putins seit Anfang dieses Jahres in verschiedenen Foren, Gremien und Beratungen. Bereits verschoben auf das Jahr 2017 und später wurden einige sozial brisante Entscheidungen, andere wurden zeitlich verlängert. Das Krisenprogramm der Regierung soll überarbeitet werden. Zu spüren ist die Ausrichtung auf die bevorstehenden Dumawahlen und auf brennende vor allem soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Alltagsprobleme. Man sieht sich gezwungen, diesen Fragen größere Aufmerksamkeit zu schenken.

Gekennzeichnet ist die jetzige Lage durch: die da oben können nicht mehr so weiter und die da unten werden zwar zunehmend unzufriedener, bleiben aber zu passiv, verharren noch in schweigsamer Loyalität (orig.: Melnikow). Die Selbstbesinnung bezüglich nationaler Interessen in der Außenpolitik führt nicht automatisch zur Selbstbesinnung in der inneren gesellschaftlichen Entwicklung und insbesondere in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Frage ist, inwieweit sich mit dem Patriotismus und der großen Zustimmung zu Putin ein soziales Aufbegehren auf Dauer aufhalten lässt.

Mit dem 2017 bevorstehenden 100. Jahrestag der Oktoberrevolution wird der Umgang mit der Geschichte erneut zu einem brisanten Thema. Davon zeugen allein die Auftritte Putins am 21. Januar in einer Sitzung des Rates für Forschung und Bildung der RF und am 25. Januar auf einer Tagung der „Allrussländischen Volksfront“ und die Reaktionen darauf. (*Die „Junge Welt“ berichtete darüber in ihren Ausgaben am 23. und 30./31 Januar 2016*)

Bei dem ersten Treffen ging es um die Schlussbemerkung Putins zu einem Satz aus dem Beitrag des Direktors des Instituts für Atomforschung M.W. Kowaltschuk, der aus einem Gedicht von Boris Pasternak über Lenin zitierte: Er lenkte den Gang der Gedanken und nur deshalb --- das

Land“. So müsse auch die Wissenschaft organisiert sein. Dazu meinte Putin: “Wichtig ist allerdings, dass dieses Denken zum erforderlichen Ergebnis führt, aber nicht wie bei Wladimir Iljitsch. Auch wenn die Idee an sich richtig ist. Im Endergebnis führte dieses Denken zum Zerfall der Sowjetunion, genau daran lag es. Es gab viele Überlegungen solcher Art. Autonomisierung und so weiter -- sie legten eine Atombombe unter das Gebäude, das Russland heißt, und die zerriss es dann auch. Und die Weltrevolution brauchten wir nicht...”

Noch verwirrender und auch widersprüchlicher sind Putins Aussagen zur Sowjetperiode und unter anderem zur Haltung der Bolschewiki im und zum I. Weltkrieg bei der zweiten Begegnung. Bereits in früheren Erklärungen lehnte er es ab, diesen Krieg als imperialistischen Krieg zu bezeichnen. „ Bekannt ist auch „.... so Putin – die Rolle der Bolschewistischen Partei bei der Zersetzung der russischen Front im Ersten Weltkrieg (*meint er damit auch die Verbrüderungsszenen russischer und deutscher Soldaten in den Schützengräben? Anmerkung von B.M.*) Und was haben wir davon gehabt? Wir haben gegen ein Land verloren, das ein paar Monate später selbst kapituliert hat. Und wir waren die Unterlegenen der Verlierer eine in der Geschichte einmalige Situation. Und wofür das alles? Um des Kampfes um die Macht willen. Wie müssen wir heute die damalige Situation bewerten, die zu unendlichen Verlusten für das Land geführt haben.“ Über die wahren Ursachen des Zerfalls der SU, die Rolle Gorbatschows und Jelzins verlor er kein Wort.

Mit Recht stellte G. Sjuganow gegenüber Journalisten am Lenin-Mausoleum und in Rundfunkinterviews fest: “...dass Lenin das bereits zerfallende Russländische Imperium geerbt hatte, und dass er unser Land als den mächtigen föderativen Staat – UdSSR hinterlassen hat. Lenin übernahm ein Land, dessen Industrie stillstand, und hinterließ es mit

Elektrifizierungsprogramm GOERLO und der NÖP. Er startete mit einer auseinandergefallenen Armee, die schon unter Führung der Generale des Zaren desertierte. Lenin gelang es, in kürzester Zeit eine fünf Millionen Mann starke Armee aufzustellen, die die Entente spaltete“. Der Vorsitzende des ZK der KPRF erinnerte auch daran, dass acht von 10 russischen Offizieren, darunter auch Generale zu den Bolschewiki übertraten. Nicht zu vergessen wären hier m. E. auch die Dekrete über den Frieden und über den Grund und Boden.“

Aussagen Putins am 21. Januar lösten nicht wenige empörende Kommentare aus, vor denen der Pressesprecher Peskow seinen Präsidenten zu schützen bemüht war. Auch Putin selbst sah sich veranlasst, vor der „Volksfront“- Versammlung mit einer Mischung von kritischen und positiven Aussagen zur Sowjetgeschichte, sowie mit Bezug auf seine Mitgliedschaft in der Partei und Sympathie für sozialistische und kommunistische Ideen sich zu rechtfertigen.

Einleitend erklärte Putin:“ Was die Umbettung (*gemeint ist die Umbettung Lenins aus dem Mausoleum. Anm. B.M.*) und vergleichbare Fragen angeht, muss man sehr behutsam herangehen, um nichts zu unternehmen, was unsere Gesellschaft spalten könnte. Im Gegenteil, es geht darum, sie zusammen zu schweißen. Das ist das Wichtigste“. Was das letztere betrifft, unterstützt die KPRF dieses Herangehen mit ihrem Vorschlag, eine gemeinsame Stellungnahme aller politischen Kräfte gegen Antisowjetismus und Russophobie zu vereinbaren.

Es würde den Rahmen eines Artikels sprengen, auf alle Aussagen Putins im Einzelnen konkret einzugehen. Auf jeden Fall stimmt es, wenn der Historiker Juri Jemeljanow in der „Sowjetskaja Rossija“ einschätzt: “Die Erklärung Putins zeugt nicht nur von seinem Verhältnis zu Lenin, sondern

auch zu den historischen Ereignissen, in denen er sich, sagen wir es so, nicht zurechtfindet.“

Für die deutschen Linken, in erster Linie für die Marxisten ergibt sich aus alledem die Verantwortung, sich in ihrer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit intensiv dem Erbe Lenins und der Oktoberrevolution, sowie ihrer Bedeutung in der heutigen Zeit zu zuwenden.

Vorrangig geht es meines Erachtens um folgende Problemkreise:

- Charakter des I. Weltkrieges und die Rolle der Linken, Lenins und der Bolschewiki.
- die Haltung Lenins zur Weltrevolution, die bei ihm nie von der Berücksichtigung der objektiven Realitäten getrennt war. Die Auseinandersetzungen um diese Frage in der Sowjetunion und in der internationalen Arbeiterbewegung in den 20er und 30er Jahren des XX. Jahrhunderts.
- Charakterisierung des Bürgerkrieges, Ursachen und Folgen des „weißen“ Terrors für den „roten Terror“ (Zu dem Vorgehen der Bolschewiki gegen die Konterrevolution meinte auch Rosa Luxemburg „was sollten denn die russischen Bolschewiki in dieser Situation tun“.)
- die Nationalitätenpolitik, das Recht auf Selbstbestimmung bis hin zur Loslösung, die Kritik Lenins an Positionen Stalins, Dserschinskijs, Ordshonikidse an deren Autonomisierungsideen in der damaligen Entwicklung im Kaukasus. Dazu gehört auch der Nachweis, dass es in der Nationalitätenpolitik in der UdSSR manches misslang, es zu Fehlern kam, nicht aufgrund der Haltung Lenins, sondern, wie in anderen Fragen, wegen Missachtung seiner Grundprinzipien und auch unter dem Druck der jeweiligen historischen Bedingungen. Sehr aufschlussreich können für viele Leser daher alle Arbeiten Lenins nach der Oktoberrevolution in den 30er Bänden sein. Man ver-

steht dann auch besser weshalb J.W. Andropow als Generalsekretär des ZK der KPdSU im Juni 1983 auf dem ZK-Plenum auf die Vorrangigkeit wesentlicher Veränderungen in der Wirtschafts- und Nationalitätenpolitik verwies.

Bei all diesen Problemen, und nicht nur in der Frage der Autonomie betreten viele, vor allem junge Menschen Neuland, Da gebe ich Willi Gerns in seinem „UZ“ Artikel vom 29. Januar „Putin kontra Lenin“ völlig Recht. Seit 1990 ist nicht nur bei uns, sondern im heutigen Russland eine neue Generation herangewachsen. Ein bewährtes Schulsystem ist zerbrochen, das neue System steht auf wackligen Füßen. Nicht nur Schulbücher werden, die Geschichte wird umgeschrieben. Statt einer objektiven, zum Teil auch notwendigen kritischen Aufarbeitung der Geschichte erfolgt deren Revision und Fälschung. Das widerspiegelt sich nicht nur in der Beurteilung historischer Ereignisse, sondern auch bei Urteilen über die heutige Lage und Politik Russlands, sowie über das Wirken der KPRF.

Die Auseinandersetzungen um die Oktoberrevolution und ihr Erbe haben schon begonnen. Die Linken, auch in Deutschland haben sich ihnen zu stellen. Und zwar verantwortungsvoll, sachlich und offensiv. Es geht dabei um komplizierte, ja in vielem auch unbequeme und schmerzliche Fragen der Niederlage und ihrer Ursachen. Es geht auch um eine differenzierte, realpolitische Haltung zur Politik Russlands und zur Haltung der KPRF. Einerseits gilt es, sich nicht einspannen lassen in die Russland–und Putinfeindlichkeit bzw. in eine Art gleiche Distanz zur US-Hegemonialpolitik und zur derzeitigen russischen Außenpolitik. Putins Vorgehen in der Frage Krieg-Frieden wird von vielen realpolitisch als Gegengewicht zur Kriegspolitik der USA und ihrer NATO–Verbündeten, darunter Deutschlands gesehen. Andererseits kann dies nicht ver-

wechselt werden mit einem Verzicht auf eine klassenmäßige Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse im heutigen Russlands, auch wenn sich die neue russische Gesellschaft noch nicht voll herausgebildet hat und nach wie vor unter dem Druck einer sowjetischen Mentalität, der Staatlichkeit der Dershawa (Großmacht) und der sozialen Fürsorge steht. Dialektisches Herangehen als Methode ist heute mehr denn je gefragt. Putin laviert im Streben nach Konsolidierung der russischen Gesellschaft zwischen der prorussischen und der prowestlichen Oligarchie und deren politischen Parteien und Kräften in einem kapitalistischen Land. Die KPRF unterstützt im Kern die patriotischen, außenpolitischen Positionen Putins. Gleichzeitig stellt sie sich seit Jahren dem Regierungskurs in der Innen- und Wirtschaftspolitik mit eigenen Programmen und Initiativen entgegen.

Der gegenwärtige Eindruck ist: Putin verirrt sich mit seinen weltanschaulichen Vorstellungen, historischen Halb- und Unwahrheiten in dem Versuch nicht zu Vereinbarendes unter einen Hut zu bringen. Der Westen, die USA und ihre Verbündeten, die Medien tun von außen alles um Russland zu schwächen. Eine Art stabilisierende Allianz mit China, den BRICS- und anderen Staaten ist den USA mehr als ein Dorn im Auge. Und noch mehr gilt dies für die Befürchtungen der USA vor einer deutsch-russischen Partnerschaft.

All dies unterstreicht einmal mehr: nicht nur die Bundesregierung braucht eine souveräne deutsche Außenpolitik, sondern auch die deutschen Linken bedürfen einer konsequenten Programmatik in Fragen der Außenpolitik und der Sicherheit.